



Die Internationale Arbeiterkorrespondenz

Nr. 22, Okt. 2024

Internationalistische Sozialistische Gruppe
deutsche Sektion des Organisationskomitees
für die Wiederherstellung der IV. Internationale (OK)
<https://internationalistische-sozialistische-gruppe.org>

Einladung zur Offenen Konferenz der Internationalistischen Sozialistischen Gruppe (ISG) am Samstag, 23. November 2024, 11.00 Uhr (per Videokonferenz *)

Die imperialistischen Kriege, Kriegsvorbereitungen der NATO, der EU und der Regierung Scholz, Aufblähen des Rüstungshaushaltes, die Organisation des sozialen Krieges gegen die Bevölkerung:

Wie den Widerstand gegen diese Kriegspolitik und ihre Regierungen der »Zeitenwende« organisieren?

Die von den imperialistischen Kriegen und vom sozialen Krieg gegen die Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern geprägte Situation muss – nach Einschätzung der ISG - verstanden werden als Bankrott des kapitalistischen Systems, das auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln beruht und das Streben nach Profit um jeden Preis durchsetzen muss. Das Überleben dieses Systems heißt Verallgemeinerung des Krieges, die Zerstörung der Umwelt, die umfassende Spekulation und die Zerstörung der Produktivkräfte, die in Destruktionskräfte umgewandelt werden, die auf dem Marsch ins Elend Arbeitsplätze millionenfach vernichten.

In diesem Sinne ist die »Zeitenwende« kein spezifischer Ausdruck deutscher, sondern Ausdruck der imperialistischen Politik global.

Das bestimmt den Rahmen der Regierung Scholz auch im kommenden Jahr, der von verschiedenen politischen Daten und Entscheidungen bestimmt wird:

■ Von einem Bundeshaushalt, der **Rüstungs- und Kriegsausgaben von voraussichtlich 89,43 Milliarden Euro (nach NATO-Kriterien)** umfassen soll. Zugleich wird dieser Haushalt weitere und in der Schärfe zunehmende Angriffe auf die sozialen Errungenschaften bringen. Begleitet wird dies mit einer ungeheuren Anzahl von Angriffen auf die demokratischen Rechte und Freiheiten, auf das Demonstrations- und Versammlungsrecht und auf das Streikrecht. Dass diese Angriffe untrennbar mit den imperialistischen Kriegen und dem sozialen Krieg im Inneren zusammen-

hängen, mag das »Postrechtsmodernisierungsgesetz« verdeutlichen, das in Kapitel 12 die »Notfallvorsorge« regelt. Mit Verweis auf Artikel 80a des Grundgesetzes sind die »Anbieter von Postleistungen« verpflichtet, der »Postsicherstellungspflicht« nachzukommen. Damit wird dem gesamten Post- und Logistikbereich z.B. im »Spannungsfall« das Streikrecht genommen.

■ Von einer Bundestagswahl, von der niemand sagen kann, ob der geplante Termin im September 2025 eingehalten, oder die Regierung Scholz vorher auseinanderfliegen wird. So kann es durchaus möglich werden, dass die Regierung z.B. aufgrund der Differenzen zu den Angriffen auf das Asylrecht und die Migranten auseinanderfliegt. 13.000 Sozialdemokraten haben sich in einem Offenen Brief gegen Scholzens und Faesers Linie ausgesprochen. In einer Probeabstimmung der Bundestagsfraktion votierten 20 Abgeordnete der SPD gegen das »Sicherheitspaket«... Scholz, so heißt es, drohe dagegen mit der »Vertrauensfrage«, d.h. er verbindet das Votum für seine Unterstützung der »Bett-Brot-Seife«-Politik, so wie es AfD und FDP für Flüchtlinge fordern, mit dem Fortbestand der Koalition.

■ Vom Tarifkampf, der insbesondere im öffentlichen Dienst mit den von den Kriegs- und Rüstungsausgaben dominierten Diktaten zusammenprallen wird. Für den TVöD (Bund, Kommunen) fordern die Gewerkschaften 8 Prozent, mindestens 350 Euro mehr Lohn. Am 31.10.2025 endet die Laufzeit des TV-L (Länder). Alle übrigen Tarifkämpfe der Industriegewerkschaften werden mit dem Diktat des Kapitals zur »Senkung der Kosten der Arbeit« und der »Wettbewerbsfähigkeit« zusammenstoßen.

■ Nicht zuletzt von den »Feierlichkeiten« anlässlich des

* Zusendung des Links erfolgt nach
Anmeldung unter okw4i@web.de

→ 80. Jahrestages des Endes des II. imperialistischen Weltkrieges, die vollkommen im Rahmen der »Bündnistreue« mit den »Wertepartnern«, dem US-Imperialismus, der »uns befreit« habe, und ebenso im Rahmen der - mit dem Verweis auf die so gegebene Demokratie - »Kriegsfähigkeit« abgehalten werden.

Noch einmal: Alle diese Ereignisse und Entscheidungen finden ihre Entsprechung in den übrigen Ländern Europas. Ebenso wie die Kämpfe der Arbeiterklassen für die Verteidigung ihrer Errungenschaften und Interessen. So, wie z.B. in Deutschland die heftigen Kämpfe und Streiks in der Stahlindustrie, bei den Automobilkonzernen und den Zulieferern zur Verteidigung der Arbeitsplätze und Werke!

Die Arbeiterklasse in Deutschland verfügt nicht über ihre unabhängige Partei, die sie wegen dieser Kämpfe so dringend braucht.

Dennoch bricht sich ihr Widerstand immer wieder Bahn. Ein Widerstand, der auf große Hindernisse stößt: Die Weigerung der Führungen der Gewerkschaften und der Organisationen, die aus der Arbeiterbewegung entstanden sind bzw. sich auf die Arbeiterbewegung berufen, mit dem Regime des Krieges und der Ausbeutung zu brechen.

Nach Überzeugung der ISG ergibt sich daraus, dass die Arbeiterklasse über keine Partei verfügt, die zentrale und wichtigste Aufgabe, die darin bestehen muss, so viele Arbeiter/innen und Jugendliche wie möglich für den Aufbau der revolutionären Arbeiterpartei zu gewinnen. Als Mitglieder der IV. Internationale, meinen wir, dass sie auf der Grundlage des Programms der IV. Internationale aufgebaut werden sollte. Allerdings: Wir machen dieses Programm nicht zum Ultimatum. D.h.: Wir treten dafür ein, dass Arbeiter/innen und Jugendliche, die den Weg zum Neuaufbau der Arbeiterbewegung suchen, Organisationsformen aufzubauen mit dem Ziel der Partei. In diesem Prozess sind wir als Mitglieder IV. Internationale Bestandteil des Kampfes beim Aufbau der Partei.

Dies ist unverzichtbar im Kampf für den Sozialismus!

Für uns als Mitglieder der IV. Internationale heißt dies zugleich: die Forderungen aller Kämpfe der Arbeiter/innen und Jugendlichen setzt den Bruch mit den bürgerlichen Parteien und ihren kleinbürgerlichen bis rechtsradikalen Anhängen voraus, für die Emanzipation der Arbeiterklasse durch den Sturz dieses kriegstreibenden und ausbeuterischen Systems. Das bedeutet für uns den Kampf für den Aufbau der Partei, die die Arbeiter/innen brauchen, um diese Ziele durchzusetzen.

Und, es sei wiederholt: die Notwendigkeit des Aufbaus der unabhängigen Arbeiterparteien ist, entsprechend der kriegstreibischen Regierungen in NATO und EU eine internationale Aufgabe.

Darüber wollen wir im Rahmen der Offenen Konferenz der Internationalistischen Sozialistischen Gruppe (ISG) diskutieren. Und dazu laden wir internationale Gäste ein.

* * * *

Leserbrief

Kleiner Beitrag zur Diskussion nach den Wahlen in Thüringen und Sachsen:

Eine historische Zäsur zeigt das Ausmaß der Krise der Arbeiterbewegung

Seit 1914, als die SPD als Partei auf die Seite der bürgerlichen Ordnung übergegangen ist, indem sie den Kriegskreiditen zustimmte, war es nie anders: Die SPD-Führung steht immer auf der Seite des Kapitals und des Imperialismus und fesselt den Klassenkampf der Arbeiterklasse dagegen. Mit der »Zeitenwende« vollzieht die SPD-Führung die Wende des US-Imperialismus zum Weltkrieg hin durch eine Politik der Militarisierung und der Unterwerfung der Gesellschaft unter die Anforderungen der Kriegspolitik mit allen Folgen für die Massen. Das wird im Beitrag des »Informationsbriefes der freien Plattform für Arbeiterpolitik« dargelegt. Dieser Politik der »Zeitenwende« im Namen des Krieges folgt nun die politische Zäsur in der politischen Situation in Deutschland auf Wahlebene: Die Stimmenanteile der AfD in Sachsen und Thüringen, dieser fundamentalen politischen Absage an die Scholz-Regierung, sprich in erster Linie an die SPD. Das, was sich in anderen europäischen Ländern schon weiter fortgeschritten zeigt, hat Deutschland erreicht. Es ist eine neue Qualität der Repräsentanz der profaschistischen Kräfte, die die SPD nicht müde wird, mit Wählerbeschimpfungen und anderen Unanständigkeiten zu kommentieren.

Die Sozialdemokratie treibt mit ihrer imperialistischen Politik die Massen in die Arme der faschistischen Kräfte und bereitet den Weg zu einer neuen reaktionären Regierung à la Merz/Söder vor, die einen fundamentalen Angriff auf die Errungenschaften der Arbeiterklasse will.

Die Wahlen in Thüringen und Sachsen und bald in Brandenburg zeigen: Die Politik der SPD-Führung liefert nicht nur die Massen an die Kriegspolitik aus, sie zerstört auch die letzten Reste der sozialdemokratischen Partei selbst. Sie nimmt dabei in Kauf, dass erstmals seit dem 2. Weltkrieg, seit 1945 Rechtsextreme und Faschisten mit einem Drittel der Stimmen zur stärksten Partei werden.

Sicher ist die AfD keine NSDAP 2.0. Aber sie leugnen den Holocaust, sie reden von „raumfremden Mächten“, die aus Deutschland vertrieben werden müssten, und vieles mehr, das eindeutig dem NS-Vokabular entstammt. Der Hinweis auf die Weimarer Republik und ihre Entwicklung scheint zwar einfach, jedoch liegen zahlreiche Unterschiede im historischen Kontext vor, angefangen von den Folgen des 1. Weltkrieges, über die Weltwirtschaftskrise (die derzeitigen Krisen sind allerdings auch nicht von schlechten Eltern und haben Potenzial für alles), der Situation der Arbeiterbewegung etc. Deshalb ist der Hinweis auf 1933 historisch nicht angemessen. Eines scheint mir dennoch klar: Teile der Bourgeoisie, noch kleine unbedeutendere, forcieren die faschistischen Kräfte und streben einen Faschismus an, mit allen katastrophalen Folgen für die Arbeiterklasse, wie wir wissen.

Wie wir in den USA sehen, verlangt die Krise des Imperialismus nach anderen Antworten gegen die Arbeiterklasse in den USA und weltweit: Trump will den Faschismus in den USA, dem führenden imperialistischen Land, um Eu-

→ ropa und andere Länder „auf Ration zu setzen“.

Es ist glasklar zu beobachten: Teile der deutschen Bourgeoisie, die sich noch hinter der CDU/CSU versammeln, hinter Merz als Vertreter von Black Rock oder Söder, weichen die »Brandmauer« für die Zusammenarbeit mit den profaschistischen Kräften auf und suchen nach Möglichkeiten der parlamentarischen Zusammenarbeit mit der AfD. Das heißt aber, sie nehmen den gleichen Weg wie die bürgerlichen Parteien in der Weimarer Republik.

Oft ist es schwer, die Realität im Klassenkampf schon so entwickelt zu sehen, wie sie tatsächlich ist. Die Apparate der SPD, des DGB oder Der Linken verharmlosen die politische Situation in ihrem eigenen Interesse auf widerliche Art und Weise. Ihr Zynismus kennt keine Grenzen in der sog. Wählerbeschimpfung, um abzulenken von ihrer eigenen massenfeindlichen, arbeiterfeindlichen Pro-Kriegspolitik.

Der Scholz-Regierung, der SPD-geführten Regierung, ist mit den Wahlen jede politische Legitimation und Basis verloren gegangen. Der rasante Verschleiß dieser Politik alarmiert die Bourgeoisie und lässt sie nach neuen Möglichkeiten suchen. Merz peilt eine große Koalition an, die die SPD endgültig vernichten würde. Teile des SPD-Apparates gehen ja schon aus Eigeninteresse auf Distanz „zum Kanzler“ und der SPD-Führungsriege, um zu retten, was zu retten ist.

Selbst wenn die Scholz-Regierung noch bis 2025 »halten« sollte, dann nur, weil die bürgerlichen Parteien noch Zeit brauchen, um sich zu sortieren und ihre arbeiterfeindlichen, dann auch offen antigerwerkschaftlichen Pläne vorzubereiten. Denn eins steht fest: Ohne die SPD in der Regierung, ohne eine dann noch schwierigere »Burgfriedenspolitik« droht ein offenerer Klassenkampf. Bei dem allerdings würden Teile der Bourgeoisie vermehrt auf die faschistischen Kräfte setzen. In Plauen haben wir gesehen, was das bedeuten kann.

In ihren Kommentaren werden die entsprechenden Vertreter nicht müde zu betonen, 70 Prozent der Wähler hätten ja auch nicht die AfD gewählt und ständen fest auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Damit wollen sie sich natürlich die Ergebnisse schönreden und betonen, dass alles nicht so dramatisch sei. Aber was ist diese Grundordnung? Sie ist die Ordnung eines bürgerlichen Staates, der einzige und allein mit all seinen Folgen ein kapitalistischer Staat ist, ein Staat zur Garantie des Privateigentums an den Produktionsmitteln, der kapitalistischen Wirtschaft. Und es ist diese, die heute nach den neuen Profiten in der Rüstungsindustrie und im Krieg verlangt. Und die keinen Platz mehr lassen kann für die zum Teil noch hohen Errungenschaften der Arbeiterklasse, die im Klassenkampf errungen wurden. Dieser bürgerliche Staat mit der parlamentarischen Demokratie aber lebt nur vom Ausgleich zwischen den Klassen, lebt nur in »friedlichen Zeiten« des Klassenkampfes. Das internationale Kapital aber braucht heute mehr, seine Profitinteressen verlangen nach dem Aufkündigen jenes »Klassenkompromisses« einer sog. sozialen Marktwirtschaft, in der noch Platz war für die Errungenschaften. Das Wachsen der AfD zeigt eben auch, dass diese Zeit des Klassenkompromisses vorbei ist, dass die Klassenwidersprüche stärker und stärker aufeinanderprallen und sich zuspitzen. Damit auch die Formen der Klassenherrschaft der

Bourgeoisie, sie braucht andere Regierungen, brutalere Einschnitte, eine andere Konfrontation mit der Arbeiterklasse, um sie entscheidender zu schlagen. Dafür braucht sie den Faschismus. Und sie braucht dafür »stärkere« Regierungen. Wenn sie nicht offen in die Konfrontation gehen können, greifen sie zu den Volksfrontregierungen, um so der Arbeiterklasse Schläge zu versetzen. Die Geschichte ist voll davon.

Es soll hier nur gesagt werden, das Geschwafel von „der Demokratie“ ist leeres Gerede, sie werden sich nicht daranhalten. Die Arbeiterklasse verteidigt natürlich die Demokratie, weil sie für sie die meisten Rechte beinhaltet. Demokratie bedeutet eigentlich Volksherrschaft, die politischen Entscheidungen werden durch den Willen der Mehrheit der Bevölkerung, das ist die Arbeiterklasse, getroffen. Nicht nur sind wir davon meilenweit entfernt. In Deutschland ersetzt die Parteidemokratie die Demokratie. Die verschiedenen Interessen der Bevölkerung sollen durch die jeweiligen Parteien vertreten werden. Der Text im »Informationsbrief der freien Plattform für Arbeiterpolitik« zeigt anhand der Mitgliedszahlen, wie weit diese Parteien und Organisationen, die sich auf die Arbeiterbewegung berufen, degeneriert sind. Was nicht heißt, dass sie nicht noch einmal wachsen können. In Westdeutschland haben diese Parteien, SPD und CDU, als sog. Volksparteien eine bestimmte Tradition. Die SPD ist mit dem Aufschwung der Errungenschaften verbunden gewesen. Die Brandt-Ära hat da eine wichtige Rolle gespielt. Aber diese Parteidemokratie ist auch in Westdeutschland auf Seiten der SPD zerstört. Darin zeigt sich das Dilemma des SPD-Apparates. Er hat außer Dienerschaft dem Kapital gegenüber für die Massen nichts mehr anzubieten. In Ostdeutschland hat diese Form von Demokratie, die Parteidemokratie, die SPD-Parteidemokratie nie geprägt. Aber Vorsicht: Zarte Pflänzchen zu Zeiten der SDP-Gründungen wurden systematisch durch den SPD-Apparat zurückgedrängt und zerstört. Die pure kapitalistische Übernahme der ehemaligen volkseigenen Industrie der DDR ließ von vorneherein keinen Platz für die »Partizipation«, deren Fehlen heute in den bürgerlichen Kommentaren den Massen vorgeworfen wird. Als hätten sich diese nicht eingebbracht durch ihren Klassenkampf, gegen Stilllegungen, Arbeitsplatzvernichtungen, Bischofferode etc. Nur diese Form der »Partizipation« will das Kapital natürlich nicht (siehe auch dazu den Text im »Informationsbrief«).

Das Gerede von der »Demokratie« und der Grundordnung, auf der 70 % sicher stehen, ist leer und wird sich mehr und mehr in Schall und Rauch verwandeln, je höher die Anforderungen des Kapitals werden. Und täuschen wir uns nicht: Sie werden die Kriegsvorbereitungen, die Unterstützung des Krieges in der Ukraine und weitere Anforderungen im Namen von »Sicherheit« und »Verteidigung« und »Kriegstüchtigkeit« und damit die Polarisierung der Gesellschaft vorantreiben. Die Pläne dafür liegen in den Schubladen, bis 27, bis 30, bis 40...

In den Kommentaren von Historikern lesen wir, der Vergleich mit Weimar wäre auch deshalb abwegig, weil sie neben der NSDAP auch von links die KPD gehabt habe. Ja, die Arbeiterparteien SPD und KPD waren vor 1933 sehr stark. Der Faschismus konnte nur siegen aufgrund der Spaltungspolitik der stalinistischen KPD im Namen des

→ Sozialfaschismus. Der Unterschied zu heute ist tatsächlich: Wir haben keine starken Arbeiterparteien. Wir haben vor allem den Zerstörungsprozess der SPD, die sich zwar noch auf die Arbeiter beruft, aber durch und durch bürgerliche kapitalistische Politik betreibt. Das ist eine ganz andere Ausgangssituation vor den weiteren Klassenkämpfen als 1933. Es kann sein, dass Teile der Arbeiterschaft nochmal einen Weg zum Widerstand durch die Sozialdemokratie suchen. Aber grundsätzlich geht es um einen Wiederaufbau der Arbeiterbewegung, eine Reorganisierung der Arbeiterklasse durch ihre Parteien oder Partei. Die derzeitige Krise der Arbeiterbewegung, verantwortet durch die Apparate der SPD und Restposten des Stalinismus, ist das eigentliche Drama, die eigentliche Dramatik der heutigen Situation.

Die Arbeiterklasse ist nicht geschlagen, die Klassenkämpfe kommen ja erst noch, aber die Ausgangssituation für die Arbeiterklasse ist nicht die beste, sie hat keine Arbeiterpartei, durch die sie sich organisieren und ihren politischen Kampf führen kann. Das hat Folgen, die man auch in den Wahlergebnissen der AfD sieht.

Die Bourgeoisie konnte sich vor dem 2. Weltkrieg auf den Stalinismus verlassen, der in ganz Europa, in China, in der Sowjetunion an erster Stelle die Arbeiter ihrer authentischen unabhängigen Klassenführung beraubt hat, ihre Führer in den Moskauer Prozessen liquidiert hat, die Massen an die Volksfrontregierungen auslieferte etc.

Heute setzt die Bourgeoisie noch die letzten Reste der Sozialdemokratie und aus dem Stalinismus hervorgegangene »linkspopulistische« Formationen ein. Dann versucht sie populistische profaschistische Parteien einzusetzen, um voranzukommen gegen die Arbeiterklasse.

Für die aber bleibt das Vakuum, das das Fehlen von Arbeiterparteien hinterlässt. Und eins ist klar: Ohne Arbeiterpartei ist die Arbeiterklasse schutzlos, sie bleibt zwar, so lange es Gewerkschaften gibt, noch in Teilen organisiert, aber das politische Instrument für ihre Befreiung und Verteidigung fehlt. Der Gang der Geschichte des Klassenkampfes zeigt uns, dass die Arbeiterklasse in ihrer Bewegung in der Lage ist, dieses Vakuum wieder zu füllen. Es wird auf jeden Fall zu Reaktionen der Arbeiterklasse kommen, eine neue politische Vertretung aufzubauen. Wie weit sie dabei kommt, wie da die Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen und den jeweiligen Formationen der Klassen sich entwickeln, können wir nicht vorhersehen.

Aber im Lager der Bourgeoisie sind sie dabei, sich neu auf-

zustellen.

Die Arbeiterklasse ist nicht gut vorbereitet.

Was wird aus dem Aderlass der LINKEN? Gibt es noch Sozialdemokraten, die einen Weg als Arbeitervertreter gehen können? Gibt es Gewerkschafter, die sich die Frage der politischen Vertretung jetzt neu stellen? Was ist mit den sog. Altkadern aus Ost und West, wären sie bereit für einen Schritt nach vorne. Welche Verbindungen kann man knüpfen, um eine Diskussion zu eröffnen, in der die Frage der politischen Vertretung der Arbeiterklasse angesichts von Krise und drohendem Krieg, Kriegshaushalt und Rüstungsspirale offen in aller Dramatik gestellt wird?

Das Vakuum wird sich füllen. Die Apparate, die ja nicht tot sind, werden sich was überlegen, aber sie werden nicht die Unabhängigkeit der Arbeiterklasse und ihrer Organisation ins Zentrum rücken, sondern neue Varianten der Bindung an die Bourgeoisie.

Könnte es nach diesen Wahlen einen Alarmaufruf, einen alarmierenden Weckruf von Arbeiterkadern geben, der die Situation in aller Leidenschaft nennt, die Gefahren hervorhebt und auf die Notwendigkeit der Arbeitervertreitung abzielt. Einen Diskussionsaufruf zur offenen Diskussion, zum Dialog, zur Eröffnung, um Stimmen aufzuspüren und möglich zu machen. Denn die Arbeiter sind politisch mundtot zurzeit. Also ohne jedes Ultimatum, ein Aufruf aus der Sorge heraus, der Dringlichkeit, der Arbeitermoral heraus. Hatte ich gerade gelesen, die DGB-Senioren Hessen-Thüringen haben einen Brief an den DGB-Vorstand geschrieben (vgl. ebenfalls »Informationsbrief der freien Plattform für Arbeiterpolitik«), könnten sie vielleicht angesprochen werden, in dieser Diktion?

Und was ich meine ist, wäre es nicht nötig, Arbeiterbildungsveranstaltungen zu schaffen, Erfahrungen und Lehren aus der Geschichte der Arbeiterbewegung, um Jugendlichen und Arbeitern zu helfen, einen Standpunkt zu finden für ihre eigene Wortmeldung. Die Desorientierung scheint sehr groß zu sein nach den Erfahrungen mit dem Stalinismus und der Sozialdemokratie.

Fakt ist: Die Ebene der Wahlen, der parlamentarischen Wahlen, zeigen nur äußerst verzerrt die wahren Geschehnisse im Klassenkampf.

Alle Faktoren weisen darauf hin, dass es nicht weitergehen kann wie bisher.

Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.

Patrick Wielandt, 7.9.24

* * * *

Weitere Elemente zur Diskussion

Der Bruch von Verträgen, wenn es den Kriegszielen und den Interessen der imperialistischen Mächte dient, ist fester Bestandteil der »wertegeleiteten« Politik der NATO

Die Militarisierung der Ostsee geht mächtig voran. Nicht nur die Stationierung einer Brigade von 5.000 Soldaten der Bundeswehr in Litauen, also zwischen Kaliningrad und Belarus, ist für 2025 festgeschrieben, sondern auch weitere »Ergänzungen« dieser Militarisierung. Am 21. Oktober weiht »Verteidigungsminister« Pistorius (SPD) in

Rostock feierlich die Kommandozentrale »Commander Task Force Baltic« (CTF Baltic) der NATO ein, die am 1. Oktober ihre Arbeit aufgenommen hat. Diese Kommandozentrale führt die Seestreitkräfte der NATO im Ostseeraum. Damit existiert erstmals in Ostdeutschland eine Kriegsbasis der NATO. Die »Wertepartner« innerhalb der NATO brechen erneut Verträge und Zusagen, die seinerzeit mit und gegenüber der UdSSR geschlossen und gegeben wurden. In Bezug auf die ostdeutschen Bundesländer wurde 1990 festgelegt: „Ausländische Streitkräfte und Atomwaffen oder deren Träger werden in diesem Teil



→ *Deutschlands weder stationiert noch dorthin verlegt.“ (»Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland« (»Zwei plus Vier-Vertrag«), Art. 5 (3). Das, was als legal oder illegal betrachtet wird, liegt immer in der Deutungshoheit der NATO, so wie der erneute Einsatz deutscher Panzer in der Region Kursk – nach 80 Jahren.*

* * *

„Die Industrie braucht Gewissheit... 5 Prozent des BIP pro Jahr für moderne Waffen...“

Die Aktien der Rüstungskonzerne in den USA befinden sich auf einem Allzeithoch. Die Berliner Zeitung rechnet am 12.10.2024 vor, wie die Profite dieser Konzerne neue Höchststände erreichen. Sie steigern ihre Gewinne u.a. durch die Waffenlieferungen der Regierung Biden an Israel – ein »zusätzliches Nachfragepotential!« Die deutschen Rüstungsschmieden fahren ebenfalls satte Profite ein. Das Handelsblatt schreibt am 25.7.2024: „Seit Beginn der russischen Invasion in der Ukraine hat sich der Kurs [von Rheinmetall] mehr als verfünfacht.“ Waffenlieferungen der Regierung Scholz werden nicht veröffentlicht, dürfen aber nur, so die Außenministerin, »völkerrechtskonform« eingesetzt werden. Die Regierung Netanjahu definiert das Völkerrecht, wie der Völkermord in Gaza, die Zerstörungen im Libanon etc. unterstreichen.

Was brauchen also die Konzerne? Weitere Kriege, d.h. weitere Rüstungsaufträge, d.h. weiter steigende Profite. Der Präsident des Kiel Instituts für Weltwirtschaft, Schularick, erklärt der Regierung Scholz was erforderlich sei: „Wenn wir die Verteidigungsausgaben von der Schuldenbremse ausnehmen, können wir wirklich langfristig Kapazitäten aufbauen“. Denn: „Die Industrie braucht die Gewissheit, dass im Militärbereich produziert werden kann. (...) Wenn das gewählte deutsche Parlament beschließt, dass wir jetzt aufgrund der aktuellen Bedrohungen durch Russland fünf Prozent unseres Bruttoinlandsprodukts pro Jahr in moderne Waffen- oder Verteidigungstechnologien investieren und im großen Umfang militärische technologische Forschungen aufbauen müssen, dann sei es so.“ (zit.n. Zeit online, 10.10.2024)

Fünf Prozent, das entspräche – legt man den Haushalt 2025 zugrunde - rund 235 Milliarden Euro. Zum Vergleich: Der Haushalt 2024 umfasst Ausgaben in Höhe von 476,81 Milliarden Euro.

Wie schon beim »Sondervermögen Bundeswehr« würde Schularicks Forderung voll und ganz durch die arbeitenden Bevölkerung zu bezahlen sein.

Das heißt in Zahlen gegossen »Kanonen ohne Butter« (C. Fuest vom ifo-Institut) oder wie der Nazi Heß es formulierte »Kanonen statt Butter«. Diese Pläne sind die Basis des Kriegs im Inneren, der Senkung der Löhne, des Verfalls der Infrastruktur, der Zerstörung der Krankenhäuser, der Kürzungen der Renten (Lindner will die 48 Prozent kippen), der Senkung des Bundeszuschusses, der Bildung, der Kitas usw. usf.

Nicht zu trennen davon ist dann die zunehmende Armut.

An die 17 Prozent der Bevölkerung, d.h. mehr als 14 Millionen, lebten im Jahr 2022 in Armut. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes sind Ende Juni 2024 rund 730 Tausend über 67-Jährige in der Grundsicherung – rund 37.000 mehr als zum selben Zeitpunkt 2023. 20 Prozent der über 65-jährigen Frauen sind »armutsgefährdet«. Rund ein Viertel aller 18- bis 25jährigen galt 2023 »armutsgefährdet«, außerdem fast 2,1 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren.

* * *

3. Oktober 2024: Scholz über „die Vernünftigen und Anständigen“ - ein Schlag ins Gesicht der Werktätigen, nicht nur im Osten!

In seiner Rede zum Tag der deutschen Einheit ist Scholz auf die Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg eingegangen – Wahlen, die die SPD in Sachsen und Thüringen bedrohlich nah an die 5-Prozent-Klausel brachten.

Nicht die Wahlergebnisse empören Scholz, sondern die, die abgestimmt haben. Sagen wir noch einmal in aller Klarheit: Mit Sorge formulieren selbst politische Kräfte, die der historischen Arbeiterpartei SPD durchaus positiv gegenüberstehen, dass eine SPD, die ihre ursprüngliche Orientierung und Tradition aufgebe und zu einer beliebigen Partei verkomme und letztlich das Schicksal ihrer Schwesternorganisationen in verschiedenen europäischen Ländern teilen werde. Dahinter steht die Sicht, die SPD müsse wieder zu einer Klassenpartei werden, wenn sie nicht verschwinden soll. Dieses Verschwinden geht einher mit dem Erstarken reaktionärer, in Italien oder Frankreich rechtsradikal bis faschistischer Kräfte. In Bezug auf Deutschland wird dies klar nachvollziehbar anhand der AfD, deren Wahlergebnisse ohne den kriegstreiberischen und damit antisozialen Kurs der SPD-Führung undenkbar sind. Erst dieser Kurs erlaubt der AfD ihre Demagogie, sich als Partei »der kleinen Leute« zu verkaufen, während sie faktisch ein durch und durch den Interessen des Kapitals entsprechende Politik formuliert. Nebenbei: Nicht anders beschreiben solche Kräfte den Niedergang der Partei »Die Linke«, die sich von einer »sozialistischen« Orientierung losgelöst habe – allerdings auch nie eine Verankerung unter den Werktätigen hatte, was u.a. die Aniederung an die kleinbürgerlichen Grünen und nicht minder die Position von Teilen in Bezug auf die Unterstützung der Kriegskredite erklären kann.

Scholz empört sich bei seiner Rede und erklärt, diese Wahlergebnisse würden „*unserem gesamten Land – unserer Wirtschaft und unserem Ansehen in der Welt*“ schaden.

Einer Welt, der er am 27.2.2022 die »Zeitenwende« verkündete – wenige Tage nachdem er seine Instruktionen von Biden erhalten hatte. Vier Tage nach dem Beginn des Krieges in der Ukraine, hat er das »Sondervermögen Bundeswehr« im Volumen von 100 Mrd. Euro angekündigt und zugleich erklärt, „*wir werden von nun an Jahr für Jahr mehr als 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in unsere*



→ *Verteidigung investieren (...) und das ist ja wohl erreichbar für ein Land unserer Größe und unserer Bedeutung in Europa“.*

Damit hat er als getreuer Diener des US-Imperialismus die durchaus kleineren Ansprüche eines »Landes unserer Größe und unserer Bedeutung« angemeldet -gegen den Willen der Mehrheit und insbesondere der Mehrheit im Osten, die keinen Krieg will und nicht für den Krieg bezahlen will.

Denn sie wissen: Dieser Kurs der Kriegsvorbereitung heißt Renten runter, Kahlschlag im Sozialbereich!

Scholz verordnet am 3.10. der Bevölkerung im Osten „noch viel harte Arbeit“. Denn „*Die ganz große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger überall in Deutschland steht ganz fest auf dem Boden unserer freiheitlichen Ordnung. Das sind die Vernünftigen und Anständigen. Das sind die, die nicht nur motzen, sondern anpacken – für unser Land.*“

Was für ein Schlag gegen die Bevölkerung im Osten! Sie ist - so muss man Scholz verstehen - unvernünftig, unanständig, motzt nur und packt nicht an „*für unser Land*“...

Und der DGB kann zur »Einheit« nur lapidar feststellen: „*Traurige Realität ist auch, dass noch immer eine Lohnlücke zwischen Ost und West besteht.*“ (»klarTEXT« 29/2024). Die Antwort auf die entscheidende Frage, »wie« diese »Lohnlücke« durch den gewerkschaftlichen Kampf gegen die Tarifflucht für Tarifverträge und höhere Löhne, d.h. höhere Renten, Ausbildungsvergütung etc. geschlossen wird, bleibt der DGB schuldig.

Aber Scholz geht weiter. Zwar heißt es im Grundgesetz, auf das sich die »Demokraten« permanent berufen: „*Im Rahmen der laufenden Einnahmen haben der Bund und die Länder gleichmäßig Anspruch auf Deckung ihrer notwendigen Ausgaben. (...) Die Deckungsbedürfnisse des Bundes und der Länder sind so aufeinander abzustimmen, daß ein billiger Ausgleich erzielt ... und die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet gewahrt wird.*“ (vgl. Art. 106)

Alle wissen, dass die Einheitlichkeit (Art. 72 spricht von der „*Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse*“) der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West nicht gegeben ist und auch nicht innerhalb des »Westens«, nämlich da, wo die Entindustrialisierung wie an der Ruhr oder Saar... getobt hat. Doch Scholz ficht das nicht an. Er stützt sich auf das Buch des Soziologen S. Mau (*Ungleich vereint – warum der Osten anders bleibt*) und dessen Empfehlung, „*hört endlich auf, eine völlige Angleichung des Ostens an den Westen zu erwarten*“. Nach der Präsentation einiger dummdreister Vergleiche erklärt Scholz: „*Ich gebe Steffen Mau Recht: Die Vorstellung, die Deutsche Einheit wäre dann »vollendet«, wenn der Osten irgendwann einheitlich exakt so ist wie der Westen, diese Vorstellung hilft uns im vereinten Deutschland tatsächlich nicht mehr weiter. Sie sorgt nur für Verbitterung und Frust, weil sie gar nicht erreichbar oder erstrebenswert ist.*“

Was Scholz damit ausdrückt: Er tritt ein für und recht fertigt die Spaltung zwischen Ost und West. Die »Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse« schert Scholz nicht. An deren Stelle setzt er „*unsere innere Vielfalt*“. Und

weil er weiß, was er sagt, fügt er hinzu: Sie „*ist kein Defizit – sie ist eine besondere Stärke unseres Landes.*“

Diese »Vielfalt« das ist die Armut im Osten, die Armut vieler in der BRD und der unermessliche Reichtum weniger, denen sich Scholz aber verpflichtet sieht.

* * * *

Die Aufgaben der Arbeiterbewegung im Kampf gegen Krieg und Ausbeutung und die Regierungen der »Zeitenwende«

Es wird die Aufgabe der Arbeiterbewegung, deren Teil die IV. Internationale ist, sein, gegen die Drohung eines III. imperialistischen Weltkrieges den Kampf der Arbeiterklasse zu richten.

Dabei können wir uns stützen auf Grundlagen, die unsere Vorgänger geschaffen haben. Ein Beispiel sind die Kämpfe für die Vergesellschaftung der Produktion, gegen den *erzwungenen Kapitalismus* in den drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands.

Oder wie es die Erklärung der internationalistischen Kommunisten in Buchenwald (IV. Internationale) am 20. April 1945 formulierte (Auszug):

- *Enteignung der Banken, der Schwerindustrie und des Großgrundbesitzes!*
- *Kontrolle der Produktion durch die Gewerkschaften und die Arbeiterräte!*
- *Keinen Mann, keinen Pfennig für die Kriegs- und Reparationschulden der Bourgeoisie!*
- *Die Bourgeoisie muß zahlen!*
- *Für die gesamtdeutsche sozialistische Revolution, gegen eine Zerstückelung Deutschlands!*
- *Revolutionäre Verbrüderung mit den Proletariern der Besatzungsarmeen!*
- *Für ein Räte-Deutschland in einem Räte-Europa!*
- *Für die proletarische Weltrevolution!*

Diese Positionen gelten auch heute. Sie sind hochaktuell!

Die Kolleginnen und Kollegen im Komitee für eine Arbeiterpartei schreiben in ihrer Zeitung »freie Plattform für Arbeiterpolitik« am 30.9.2024: „*Karl Liebknecht hat es im Mai 1915 klar ausgedrückt: 'Der Hauptfeind jedes Volkes steht in seinem eigenen Land!* Der Hauptfeind des deutschen Volkes steht in Deutschland: der deutsche Imperialismus, die deutsche Kriegspartei, die deutsche Geheimdiplomatie. Diesen Feind im eigenen Lande gilt's für das deutsche Volk zu bekämpfen, zu bekämpfen im politischen Kampf, zusammenwirkend mit dem Proletariat der anderen Länder, dessen Kampf gegen seine heimischen Imperi-



alisten geht.'

Diese Zeitung, herausgegeben vom Komitee für eine Arbeiterpartei, kämpft gegen Krieg und Ausbeutung, für die Arbeiterinternationale, für den Sozialismus.

D.h.: Wir stehen weder an der Seite von Putin, noch der von Biden, Scholz! Wir fordern:

- Russische Truppen raus aus der Ukraine!

- NATO-Truppen raus aus Europa, ukrainische Truppen raus aus Russland!

- Schluss mit dem Krieg der israelischen Regierung in Gaza, dem Westjordanland und im Libanon – sofortiger Rückzug von Netanjahus Truppen!

- Waffenstillstand an allen Fronten – sofort!

- Schluss mit den Kriegshaushalten!

- Die Gelder für die Kriege müssen beschlagnahmt werden und in die Gesundheit, Bildung, Wohnungen... fließen!"

Das ist eine zentrale Grundlage des Kampfes für den Aufbau einer Arbeiterpartei!

* * * *

Liebknecht oder Wagenknecht?

Wir gehen in der vorliegenden Ausgabe von »Die Internationale - Arbeiterkorrespondenz« nicht umfangreicher auf die Politik des BSW, dem nach seiner Namenspatronin benannten Bündnis ein. Wir verweisen dazu auf das Dokument »An die Arbeiterkämpfer, die überall in der Welt die Grundsätze

 Sahra Wagenknecht 17. September um 17:00 ·

190 Milliarden Euro hat der Bund zwischen 2016 und 2023 für Asylsuchende in Deutschland ausgegeben und bis 2028 wird mit weiteren 124 Milliarden Euro gerechnet, gab die Bundesregierung mir auf Anfrage bekannt. Das ist eindeutig zu viel. Nicht nur die Infrastruktur, sondern auch die Finanzen unseres Landes sind mit der unkontrollierten Migration überfordert. Anstatt mit hohen Leistungen immer mehr Zuwanderer anzulocken, sollten diese Mittel für höhere Renten und eine bessere Gesundheitsversorgung eingesetzt werden. Außerdem braucht es eine andere Außenpolitik, die Kriege beenden hilft, statt Konflikte noch mit Waffen anzuheizen und dadurch Fluchtsachen zu schaffen. Wir können uns nicht mehr leisten, Magnet für irreguläre Einwanderung zu sein. Daher braucht es eine konsequente Asylwende: Wer aus einem sicheren Drittstaat kommt, sollte nicht länger Anspruch auf ein Verfahren und Leistungen haben.



124 Milliarden bis 2028? Das ist zu viel!

Wir können uns nicht mehr leisten, Magnet für irreguläre Einwanderung zu sein.

Bündnis Sahra Wagenknecht im Bundestag

des Trotzkismus einhalten wollen» in Nr. 33 von »Die Internationale« sowie die Ausgabe der Nr. 20 von »Die Internationale - Arbeiterkorrespondenz«! Hier nur soviel:



Die Internationale Arbeiterkorrespondenz

Nr. 20 | Februar 2024

Internationalistische Sozialistische Gruppe
deutsche Sektion des Organisationskomitees
für die Wiederherstellung der IV. Internationale (OK)
<https://internationalistische-sozialistische-gruppe.org>

BSW, ein Bündnis auf dem Terrain der
bürgerlichen Parteien und der Rechtsextremen:
„wir werden die Mitte der Gesellschaft vertreten“

Am 23. Oktober 2023 hat sich in der Partei »Die Linke« eine Spaltung vollzogen. Zehn Bundestagsabgeordnete der Partei, die – bis auf Wagenknecht – Kräfte mit politischen Wurzeln im Westen sind, sind aus der Partei ausgetreten. Sie gründeten einen Verein, der am 8. Januar 2024 schließlich zur Partei »Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit (BSW)« wurde. Ziel dieser Partei ist zunächst, bei der Wahl zum »Parlaments« der EU zu kandidieren. Die Teilnahme an den Wahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg im September ist derzeit nicht abschließend geklärt.

Im »Gründungsmanifest« von BSW gibt es keine Klassenposition der Arbeiterklasse. Es gibt nur die Unterschiede zwischen den »Fleißigen« und den »oberen Zehntausend«. Es handelt sich nicht einmal um eine zentralistische Gruppierung, die hier aufgebaut werden soll. Sie nimmt keinerlei Bezug auf die Arbeiterklasse, geschweige denn auf den Sozialismus. Die einzige gesellschaftliche Schicht, auf die Bezug genommen wird, ist das Kleinbürgertum. Es gibt „Millionen Menschen (die hart) arbeiten.“ Für die fordert Wagenknecht am 23. Oktober eine „faire Leistungsgesellschaft mit starkem Mittelstand“. Für BSW leiden der „erfolgreiche, innovative Mittelstand“ und die »Marktwirtschaft«; „Es sind marktbeherrschende Großunternehmen, übermächtige Finanzkonzerne wie BlackRock und übergriffige Digitalmonopolen – die allen anderen Marktteilnehmern ihren Tribut auferlegen, Wettbewerb untergraben und die Demokratie zerstören.“ Dagegen verteidigen die Kräfte um BSW den „starken Mittelstand“.

Im »Gründungsmanifest«, das seit Oktober immer wieder variiert wird, bis hin zum Europawahlprogramm, erklärt BSW, „wir wollen den Zerfall des ge-

1. Euro

Wir stehen auf der Seite von Karl Liebknecht!

Karl Liebknecht sagte auf dem Parteitag der SPD 1907: *„Ich habe Gelegenheit gehabt, das Elend der Gastarbeiter in Deutschland und ihre Verfolgung durch die Polizei zu beobachten, und ich weiß, welche Schwierigkeiten sie haben. Ihre Lage als Papierlose sollte uns Sozialdemokraten veranlassen, uns rasch und energisch mit der Regelung des Ausländerrechts zu befassen, insbesondere um der Schande der Ausweisungen ein Ende zu machen.“*

Und mit Liebknecht forderte der Parteitag *„die völlige Gleichstellung der Ausländer mit den Inländern, auch hinsichtlich des Aufenthaltsrechts im Lande“*. Kann es für internationalistischen Arbeiterkämpfer eine andere Position geben als die: **Es gibt nur eine einzige Arbeiterklasse, unabhängig von Nationalität, Hautfarbe oder Religion.**

Während Scholz Ausweisungen nach Afghanistan durchführen lässt, begleitet ihn Sahra Wagenknecht und erklärt (s. links): *„190 Milliarden Euro hat der Bund ... für Asylsuchende in Deutschland ausgegeben und bis 2028 wird mit weiteren 124 Milliarden Euro gerechnet (...) Das ist eindeutig zu viel. Nicht nur die Infrastruktur, sondern auch die Finanzen unseres Landes sind mit der unkontrollierten Migration überfordert.“*

Das ist der Ausdruck des Zerfalls von Ex-Stalinisten und Sozialdemokraten, die das Lied der Rechtsextremen singen.

Ungeachtet dessen, was Wagenknecht fordert, machen »Revolutionäre« sie zu ihrer neuen Galionsfigur.

